



## **Hunderte Kilometer Klimakatastrophe statt Moore, Wiesen und Wälder? Kein Vorrang für den Autobahneubau!**

Sehr geehrter Herr Schnieder, sehr geehrte Mitglieder des Verkehrsausschusses des deutschen Bundestags,

Autobahnbau soll als “überragendes öffentliches Interesse” vor den Umweltschutz gestellt werden – das sieht der Entwurf des geplanten Infrastruktur-Zukunftsgesetzes vor. Außerdem sollen Beteiligungsrechte von Umweltverbänden abgebaut und Umweltprüfungen abgeschafft werden.

Das Infrastruktur-Zukunftsgesetz sieht viele Änderungen bestehender Gesetze vor, zum Beispiel am Bundesfernstraßen- und am Bundesnaturschutzgesetz. Laut Bundesverkehrsministerium dient das Gesetz dem Ziel, die „Wettbewerbsfähigkeit [...], gesellschaftliche Teilhabe und Verteidigungsfähigkeit und den Schutz von Leib und Leben“ zu gewährleisten. Statt die verfassungsrechtlich verankerte Verpflichtung zum Klimaschutz ernst zu nehmen, bewegt sich die Verkehrspolitik damit jedoch in Richtung Demokratieabbau, Militarisierung und Klimakrise.

Das Gesetz legt damit vor allem den Grundstein für politisch gewollten Autobahneubau unter dem Deckmantel von angeblichem Wohlstand und Verteidigungsfähigkeit. Der politische Diskurs über Bürokratieabbau und Planungsbeschleunigung dient dazu, die Belange des Klimaschutzes massiv an den Rand zu drängen und der Zivilgesellschaft Möglichkeiten zu entziehen, gegen Autobahneubau vorzugehen.

**Deshalb stellen wir uns als ROBIN WOOD gegen das geplante Infrastruktur-Zukunftsgesetz. Verkehrsminister Patrick Schnieder, das Infrastruktur-Zukunftsgesetz gehört in die Tonne! Gemeinsam mit uns protestieren 1984 Personen – sie alle haben in den vergangenen Wochen unseren Online-Protest unterzeichnet. Wir alle wollen eine lebenswerte Zukunft, statt mehr Asphalt!**

Mit freundlichen Grüßen,  
Annika Fuchs